

José Antonio Crespo **Mexiko:**
Politische
Perspektiven des
Jahres 2000

Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 ist das Klima für einen friedlichen Regierungswechsel in Mexiko, d.h. für einen Abschied der seit Jahrzehnten selbstherrlich regierenden „Staats“-Partei PRI von der Macht, so ungünstig wie eh und je: Die von Präsident Zedillo eingeleitete Öffnung des verkrusteten, von Nepotismus und Korruption gekennzeichneten Regimes hat zwar zu einem empfindlichen Machtverlust des PRI in diversen Bundesstaaten geführt, aber auch zu einer Steigerung der traditionellen Unversöhnlichkeit gegenüber dem konservativen Gegner PAN sowie dem noch jungen, aus dem PRI selbst hervorgegangenen Rivalen PRD. Letztlich dürfte indes das mangelnde Demokratie- und Wettbewerbsverständnis aller drei mexikanischen Parteien sowie deren fehlende Bereitschaft, einen Sieg des Gegners anzuerkennen, jener Faktor sein, der für die bevorstehenden Wahlen in dem lateinamerikanischen Land kaum Gutes hoffen lässt.

Der Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2000 wird, so darf bereits im Vorfeld gemutmaßt werden, die größte Feuerprobe, die der langsame und mühsame, von dem Land vor einigen Jahren eingeleitete politische Wandlungsprozeß bislang zu bestehen hatte. Der Schritt von einem halbautoritären und von einer vorherrschenden Partei getragenen Regime zu einem anderen, pluralistischen und wettbewerbsorientierten System bedeutet per definitionem, das Risiko einzugehen, daß die gesellschaftliche Ordnung und die politische Regierbarkeit bis zu einem bestimmten Maße verloren gehen. Die Definition der ‘politischen Transition’ selbst determiniert diese als einen Zeitraum, in dem die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure bei ihrem Kampf um die Macht sowie bei der Ausübung derselben keineswegs einen einzigen Kanon von Regeln teilen, was wiederum das Risiko von Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten, von Spannungen und möglicherweise auch Konfrontationen unter den Beteiligten in sich birgt. Mexiko stellt hier keine Ausnahme dar und obwohl sich der politische Wandlungsprozeß im wesentlichen innerhalb der institutionellen Bahnen vollzogen hat, konnte beobachtet werden, wie im Verlaufe der sechsjährigen Amtszeit eines Präsidenten – und insbesondere gegen Ende derselben – einige der die Stabilität währenden politischen Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit deutlich nachlassen. Dies ist offenbar unumgänglich, wenn es darum geht, von einer im wesentlichen autoritär geprägten institutionellen Ordnung zu einer grundlegend demokratischen überzugehen; indes ist das Problem der Unterschied

zwischen dem Rhythmus, mit dem die Institutionen des Autoritarismus ihre Macht verlieren, und jenem, mit dem sich die Einrichtungen der Demokratie herausbilden und festigen. Das Risiko besteht darin, daß die Geschwindigkeit, mit der sich die ersteren verbrauchen, größer ist als jene, mit der sich die demokratischen Einrichtungen entwickeln. In einem solchen Falle kann man so zu einem 'Vakuum der Institutionen' gelangen, d.h. dem Fehlen, der Widersprüchlichkeit oder der mangelnden Akzeptanz von Regeln, die den politischen Kampf bestimmen, wodurch wiederum ein günstiger Nährboden für politische Unordnung und eine mögliche Instabilität bereitet wird.

Hinzuzufügen ist, daß – im besonderen Falle Mexikos – es in der gesamten Geschichte seit der Unabhängigkeit des Landes keinen einzigen Fall eines friedlichen Machtwechsels gegeben hat. Tatsächlich war es so, daß, wenn die Macht zu verschiedenen Zeitpunkten in der Geschichte unseres Landes von einer Gruppe auf eine andere – sogar gegnerische – übergegangen ist, dies durch einen Staatsstreich, einen Bürgerkrieg oder eine Revolution geschehen ist. Und bekannt ist auch, daß in jedweder Art von politischen Systemen ein gewisses Risiko darin besteht, daß im Falle einer erstmaligen Machtübergabe die Verlierer das Urteil nicht anerkennen und den durch die Institutionen vorgezeichneten friedlichen Weg zur Austragung des Kampfs um die Macht verlassen. Dieses Risiko erhöht sich, wenn die genannte Machtübergabe nicht innerhalb einer politischen Gruppe erfolgt, sondern unter verschiedenen und gegnerischen Gruppen, d.h. wenn die Übergabe der Macht von einer Partei an die andere ansteht. Darüber hinaus erhöht sich das Risiko noch einmal, wenn diese gegnerischen Gruppen, unter denen die Machtübergabe erfolgen soll, große weltanschauliche Differenzen aufweisen. Dies erklärt, warum beispielsweise in Chile nach dreißig Jahren friedlicher Machtwechsel unter liberalen Parteien die Stabilität im Jahre 1973 verlorenging, als erstmalig eine sozialistische Partei an die Macht gelangte, die für verschiedene politische und wirtschaftliche Gruppen, die im rechten Bereich des ideologischen Spektrums anzusiedeln waren (und die die durch den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende eingeschlagene Politik nicht tolerierten), eine Bedrohung darstellte.

**■ Zu erw hnen ist, daß
– im besonderen Falle
Mexikos – es in der gesam-
ten Geschichte seit der Un-
abh ngigkeit des Landes
keinen einzigen Fall eines
friedlichen Machtwechsels
gegeben hat.**

So zeigt sich denn nicht nur die Gleichbehandlung und Transparenz bei den Wahlen, sondern vor allem die Bereitschaft zur Akzeptanz des Ergebnisses (das die einen zu Gewinnern und die andern zu Verlierern macht) durch die Parteien und Kandidaten als Herausforderung an die aufkeimende mexikanische Demokratie. Natürlich sind beide Aspekte dieses Problems miteinander verbunden. Je durchschaubarer die Vorgehensweise und je größer die Gleichbehandlung bei Wahlen ist, um so geringer ist die Neigung zu einer Hinterfragung der Ergebnisse oder – dies in jedem Falle – die Wahrscheinlichkeit, daß bedeutende Teile der Bürgerschaft einen unbegründeten Protest unterstützen, was praktisch gesehen das gleiche ist wie wenn es zu überhaupt keinem Vorgehen der Bürgerschaft käme. Zweifellos hat es die in Mexiko nach diversen, vor allem nach 1964 sehr häufig durchgeführten Reformen erfolgte Verbesserung der Wahlgesetzgebung erlaubt, die Praxis der überaus vielfältigen, sowohl vor als auch während und nach dem Wahltag selbst begangenen Formen des Wahlbetrugs einzuschränken oder zu verhindern. Auch haben die Wahlbehörden gegenüber der Regierung ein hohes Maß an Autonomie erhalten – wenngleich ihre Autonomie gegenüber den Parteien noch keineswegs gestärkt ist –, was wiederum zu einem größeren Vertrauen in den Wahlvorgang insgesamt geführt hat. Zwar gibt es immer noch bestimmte Verbindungen zwischen den Wahlbehörden und den Parteien; jedoch ist es nicht mehr möglich, daß eine einzige von ihnen – der PRI – die Entscheidungsfindung innerhalb der Wahlkommission kontrolliert, so wie dies bis 1994 der Fall war.

■ Es kann gesagt werden, daß die Spannungen unter den (und innerhalb der) Parteien wahrscheinlich in der Lage sind, ein politisches Klima zu schaffen, das für eine friedliche Übergabe der Präsidentschaftsmacht alles andere als günstig ist.

Summa summarum kann gesagt werden, daß die Spannungen unter den (und innerhalb der) Parteien wahrscheinlich in der Lage sind, ein politisches Klima zu schaffen, das für eine friedliche Übergabe der Präsidentschaftsmacht alles andere als günstig ist. Schließlich gibt es, so läßt sich erahnen, bereits im Vorfeld des Präsidentschaftswahlkampfes verschiedene Elemente, die als Warnsignale aufgefaßt werden müssen und die sich in gewissem Maße auf die Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen auswirken könnten, die noch die Regierbarkeit des Landes sicherstellt.

■ Im sechsjährigen Zyklus

Seit dem Jahre 1970 zeigt das Land eine Dynamik, derzufolge gegen Ende der sechsjährigen Amtszeit eines jeden Präsidenten eine wirtschaftliche und/oder politische Krise heraufzieht, die sich im Gegensatz zu der jeweils vorherigen stets verschärft hat. So waren die wirtschaftlichen Probleme, die sich beim Amtsantritt des Präsidenten Luis Echeverría (1970-1976) zeigten, kaum mit der wesentlich strukturelleren und grundlegenderen Krise vergleichbar, die zu bannen oder zu überwinden den nachfolgenden Regierungen unmöglich war. Zudem stellte die Unterdrückung der Studentenbewegung von 1968 einen schweren Schlag für die Legitimität des Regimes dar, so daß sich die Krise, anstatt überwunden zu werden, zunehmend – wenn auch im Verlaufe mehrerer Jahre – verfestigte. Als Echeverría die Macht an seinen Nachfolger José López Portillo (1976-1982) übergab, zeigte sich erneut eine wirtschaftliche und politische Krise, die schärfer war als diejenige von vor sechs Jahren, und es ging sogar das – von vielen ernst genommene – Gerücht um, Echeverría weigere sich mit Unterstützung des Heeres, das Präsidentenamt zu übergeben. Auch das von Miguel Alemán (1946-1952) eingeführte Modell zur wirtschaftlichen Entwicklung stieß allmählich an seine spürbaren historischen Grenzen. Für eine gewisse Zeit konnte dieses Modell indes tatsächlich noch aufrechterhalten werden dank der Entdeckung von Erdölvorkommen, die es López Portillo gestatteten, eine Ära des Reichtums für das Land zu verkünden.

Während des größten Teils der Regierungszeit López Portillos glaubten die Bürger tatsächlich an den wirtschaftlichen Fortschritt und an den Wohlstand, den ihr Präsident lautstark in alle vier Himmelsrichtungen verkündete. Die Kritik und die Bedenken, mit denen viele dem Portillo'schen Projekt gegenüberstanden, wurden durch die politische Führungsschicht disqualifiziert und durch die Medien zum Schweigen gebracht, so daß sie nicht ins Bewußtsein des Volkes drangen. Die Krise des letzten Regierungsjahres López Portillos zeigte, daß dessen Kritiker recht hatten. Die wirtschaftliche Krise des Jahres 1982 war drückender als diejenige des Jahres 1976 und signalisierte das Ende des Modells einer wirtschaftlichen Entwicklung „nach innen“, das die Führungsschicht des PRI seit 1946 verfolgt hatte. Außerdem wurde das enorm

■ Seit dem Jahre 1970 zeigt das Land eine Dynamik, derzufolge gegen Ende der sechsjährigen Amtszeit eines jeden Präsidenten eine wirtschaftliche und/oder politische Krise heraufzieht, die sich im Gegensatz zu der jeweils vorherigen stets verschärft hat.

■ **Trotz der ungeheuren Unzufriedenheit mit dem ‚Reinfall‘, den die Regierung López Portillo darstellte, erwiesen sich die politischen Institutionen noch als stark genug, um das Regime ohne größere Probleme zu stützen.**

hohe Maß an Korruption, das entstanden war, nachdem das Land durch den Erdölverkauf neue Ressourcen angesammelt hatte, ebenso öffentlich bekannt wie die Auslandsverschuldung, die im Verlaufe der vergangenen sechs Jahre exponentiell angewachsen war.

Nach all dem und trotz der ungeheuren Unzufriedenheit mit dem ‚Reinfall‘, den die Regierung López Portillo darstellte, erwiesen sich die politischen Institutionen noch als stark genug, um das Regime ohne größere Probleme zu stützen. Für die Stabilität ließen sich damals keinerlei tatsächliche Risiken erkennen und sogar der offizielle Präsidentschaftskandidat Miguel de la Madrid konnte einen bequemen Sieg in einem Wahlkampf erringen, der im wesentlichen unangefochten blieb. Die wirtschaftliche Krise untergrub weiterhin schrittweise die institutionellen Grundlagen des Regimes, während andererseits die Unzufriedenheit der Bürger – und breiter Teile der Unternehmerschaft, die über die von López Portillo im Rahmen seines letzten Präsidentschaftsberichts vorgenommene Verstaatlichung des Bankwesens erbost waren – die seinerzeit wesentlich kraftvollere Opposition, den Partido Acción Nacional (PAN), stärkte. Außerdem führte die obligatorische wirtschaftliche Austerität sowie die Notwendigkeit, ein neues wirtschaftliches Entwicklungsmodell im Sinne eines Wachstums „nach außen“ bei gleichzeitiger Rücknahme der Intervention des Staates einzuführen, zu starken Spannungen innerhalb der Führungsschicht des Landes. Künftig würde es unmöglich sein, mit beträchtlichen Mitteln die politische Unterstützung aufrechtzuerhalten, die die Körperschaften der Herrschaft des PRI hatten zukommen lassen. Derlei Differenzen bewirkten schließlich einen Bruch innerhalb der Partei, der bei weitem schwerwiegender und folgenreicher war als die Abspaltungen, die der PRI bei früheren Gelegenheiten – in den Jahren 1940, 1946 und 1952 – erlebt hatte. All dies führte dazu, daß die nachfolgenden Präsidentschaftswahlen von Kämpfen und Auseinandersetzungen wie nie zuvor geprägt waren, bei denen sich die Partei zu massiven Betrugsmanövern gedrängt sah. Diese waren jedoch augenscheinlicher als bei anderen Wahlen und ließen den Verdacht aufkommen, daß Cuauhtémoc Cárdenas – der dem PRI erst kurz zuvor den Rücken gekehrt hatte – diese Wahl möglicherweise gewonnen habe. Nach Abschluß des Wahl-

kampfes und angesichts der Zweifel an der Korrektheit des Wahlergebnisses selbst begann der Druck auf die Stabilität im Lande auf beunruhigende Weise zu wachsen. Die sich im Anschluß an die Wahl erhebenden Stimmen, die saubere Wahlen forderten und den Sieg des offiziellen Kandidaten Carlos Salinas de Gortari in Zweifel zogen, mögen diesen Stabilitätsverlust beschleunigt haben. Auf jeden Fall wurde das hiermit verbundene Risiko von den Mexikanern nun deutlicher empfunden, deren große Mehrheit in einer Zeit geboren war, die durch eine ungetrübte, für die Jahre nach der Revolution typische Stabilität geprägt war. Erneut war die Krise zum Ende der Sechsjahres-Frist tiefgreifender als die des Jahres 1988.

Salinas de Gortari erwies sich als überaus geschickt darin, das Vertrauen breiter gesellschaftlicher Schichten für sich zu gewinnen, die angesichts einer Reihe kühner und wirksamer politischer Schritte die Art und Weise vergaßen, in der dieser selbst an die Macht gekommen war, und die ihn nun aufgrund seiner Amtsführung legitimierten (d.h. zumindest für den Moment, in dem Salinas greifbare politische und wirtschaftliche Erfolge vorwies). Der Präsident begann, wie vor ihm López Portillo, die Idee zu verbreiten, daß die wirtschaftliche Krise überwunden sei und daß sein Entwicklungsprojekt Mexiko an die Schwelle der 'Ersten Welt' führen würde, was in einflußreichen Kreisen der Gesellschaft auch Glauben fand. Die ersten Erfolge seiner Amtsführung, in bestem Licht betrachtet, dienten ihm hierbei als Bürgschaft, um für sein Vorhaben Kredit zu bekommen.

Einige Kritiker – und auch dies war unter López Portillo der Fall – warnten jedoch vor dem Risiko eines Zusammenbruchs gegen Ende der sechsjährigen Amtszeit, falls nicht bestimmte Schritte im wirtschaftlichen und politischen Bereich unternommen würden. Indes wurden auch diese Kritiker seitens der amtierenden Regierung disqualifiziert. Am Ende des Jahres 1993, als der Kandidat des PRI bereits designiert worden war, sah es so aus, als ob die Regierung Salinas ein einziger Erfolg gewesen sei, als ob ein Sieg des designierten Kandidaten als Nachfolger Salinas' mehr als sicher sei und als ob ohne größere Probleme auf dem Weg der von de la Madrid eingeführten und von Salinas gefestigten Sonderform des Liberalismus fortgefahren werden könne – und dies

■ **Salinas de Gortari erwies sich als überaus geschickt darin, das Vertrauen breiter gesellschaftlicher Schichten für sich zu gewinnen, die angesichts einer Reihe kühner und wirksamer politischer Schritte die Art und Weise vergaßen, in der dieser selbst an die Macht gekommen war.**

mit dem Ziel, das Land ein für alle Mal auf den Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung sowie, damit einhergehend, der allmählichen, aber systematisch fortschreitenden politischen Demokratisierung einzuschwören. Zu Beginn des Jahres 1994 stürzte diese wunderbar inszenierte Bühnenmalerei jedoch ein weiteres Mal ein. Das Regime durchlebte eine neue politische Krise – die schwerste seit der Revolution –, vor dem Hintergrund eines Kleinkriegs mit großen politischen Auswirkungen, dem Risiko eines problematischen Wahlverlaufs sowie dem Mord an dem Kandidaten des PRI unter mehr als fragwürdigen Umständen. Obwohl der PRI seinen Ersatzkandidaten Ernesto Zedillo aus verschiedenen Gründen und ohne die Probleme, die die Wahlen des Jahres 1988 gekennzeichnet hatten, ins Präsidentenamt heben konnte, wirkten sich die politischen Strapazen und Spannungen dieses Jahres schließlich auch auf das Wirtschaftsmodell aus, so daß das Land gegen Ende des Jahres 1994, kurz nachdem der neue Präsident Zedillo sein Amt angetreten hatte, eine weitere Wirtschaftskrise durchlebte, die ungleich tiefgreifender war als jene der vorhergehenden Amtszeit. Es schien nun außer Zweifel zu stehen, daß der Weg des Landes durch den Sechs-Jahres-Rhythmus bestimmt wurde, der in einer immer tiefgreifenderen wirtschaftlichen und politischen Krise mündete, und daß die deutlichen Warnungen der Kritiker durchaus begründet waren.

■ **Präsident Zedillo faßte den Entschluß, auf dem Weg der liberalen Wirtschaftsentwicklung fortzufahren, und vertraute auf den Erfolg entsprechender Anpassungsmaßnahmen, deren Ziel es war, das Land zeitgleich mit einer Öffnung des politischen Systems wiedererstarken zu lassen.**

Präsident Zedillo faßte den Entschluß, auf dem Weg der liberalen Wirtschaftsentwicklung fortzufahren, und vertraute auf den Erfolg entsprechender Anpassungsmaßnahmen, deren Ziel es war, das Land zeitgleich mit einer entschiedenen – oder zumindest deutlicheren – Öffnung des politischen Systems wiedererstarken zu lassen. Auf diese Weise könnte, so hoffte der Präsident, das Land in einer erkennbareren Form den Weg in Richtung Demokratie einschlagen, und dies unter der – wahrscheinlich richtigen – Prämisse, daß im Moment der Verwirklichung dieses Plans die politischen Spannungen, die auf entscheidende Weise zu der Wirtschaftskrise beigetragen hatten, spürbar nachlassen würden. Das Vertrauen der Bürger in die Regierung und deren Glaubwürdigkeit erreichten einen seit der Revolutionszeit nicht mehr gekannten Tiefpunkt, so daß Zedillo nicht anders konnte, als den wirtschaftlichen und politischen Abwärtstrend

zu stoppen. In der Tat gelang es ihm noch bis zum Ablauf der ersten Halbzeit seiner Amtsperiode, eine durchaus vorzeigbare Wirtschaftswachstumsrate zu erzielen, wenngleich diese auch auf äußerst schwachen Füßen stand. Der Abstieg in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit wurde gegen Ende des Jahres 1997 offenbar und markierte zeitgenau das problematische Ende, auf das der Sechs-Jahres-Rhythmus nun erneut zulief. Diese Tendenz zeigt sich bereits mit solcher Deutlichkeit, daß Präsident Zedillo selbst sie im Rahmen seines IV. Regierungsberichts im Jahre 1998 anerkannte, vor den für seine beiden letzten Amtsjahre erwarteten Schwierigkeiten warnte und die Notwendigkeit unterstrich, Anstrengungen zu unternehmen, um eine neue Krise zum Ende seiner Amtszeit zu vermeiden. Trotz dieses Aufrufs und trotz des Eingeständnisses dieses Risikos, was die Ergreifung einer Reihe von Präventivmaßnahmen zu seiner Vermeidung gerechtfertigt hätte, ist die Tendenz unübersehbar: Sie kann nicht mehr ignoriert werden, und auch ein weiteres, wirtschaftlich und politisch – höchstwahrscheinlich – noch schwierigeres Ende einer Sechs-Jahres-Frist kann nicht mehr abgewartet werden. Außerdem ist daran zu erinnern, daß die Machtübergabe als solche ohnehin das schwächste Glied in der Kette der Stabilität darstellt.

■ **Es gelang ihm noch bis zum Ablauf der ersten Halbzeit seiner Amtsperiode, eine durchaus vorzeigbare Wirtschaftswachstumsrate zu erzielen, wenngleich diese auch auf äußerst schwachen Füßen stand.**

■ **Im Zyklus der Wahlen**

So wie sich ein sechsjähriger Zyklus beobachten läßt, der seinen Abschluß in einer an Schärfe zunehmenden wirtschaftlichen oder politischen Krise findet, so läßt sich parallel hierzu auch beobachten, wie die wahlpolitische Öffnung in jeder Regierung in einem ebensolchen Zyklus erfolgt, der in einem gewissen Maße der Krise zum Ende einer Amtszeit zugeordnet werden kann. Zu Beginn der Amtszeit eines jeden Präsidenten ist es bereits Tradition, daß der neue Amtsträger eine tatsächliche und substantielle demokratische Öffnung in Aussicht stellt, die einen Meilenstein in der politischen Entwicklung des Landes bedeuten würde. Ein solches Angebot geht dabei von dem Eingeständnis aus, daß die bislang eingeleiteten Reformen graduell und eher halbherzig waren, daß es sich hingegen künftig um grundlegende und wirkliche Reformen handeln würde. Die relative politische Öff-

nung wurde hierbei als ein Ablaufventil für die durch die wirtschaftliche und soziale Verschlechterung angestaute Unzufriedenheit gesehen. Schließlich trägt eine nennenswerte wirtschaftliche Öffnung in der Tat dazu bei, ein durch schwerwiegende soziale Mängel und Schwächen gekennzeichnetes politisches System stabil zu erhalten, auch wenn die Öffnung als solche eine wesentliche Änderung des politischen Systems selbst darstellt (und von einem autoritären System zu einer wirklichen Demokratie führen kann).

■ Im Verlaufe der jeweils ersten Hälfte der vergangenen Amtsperioden wurde eine politische Reform in die Wege geleitet, die einen variablen Grad an Öffnung ermöglichte, der seinen Niederschlag wiederum unverzüglich in diversen Niederlagen für den PRI fand.

So wurde denn im Verlaufe der jeweils ersten Hälfte der vergangenen Amtsperioden eine politische Reform in die Wege geleitet, die einen variablen Grad an Öffnung ermöglichte, der seinen Niederschlag wiederum unverzüglich – wie hätte es auch anders sein können? – in diversen Niederlagen für den PRI fand, die für die jeweiligen Regierungen mit immer ernsteren und drückenderen Folgen verbunden waren. Während der Regierungszeit Miguel de la Madrids, als man sich der 1982 entstandenen Wirtschaftskrise gegenüber sah, führte das vom damaligen Präsidenten gegebene Versprechen einer „umfassenden Demokratie“ zu einer gewissen politischen Öffnung – wenngleich auch anfangs keine neue Wahlreform in Angriff genommen wurde, sondern die von López Portillo angeregte Gesetzgebung in Geltung blieb, die zu einer beträchtlichen Flexibilisierung des Parteiensystems geführt hatte. Als Folge dieser Politik errang die Opposition, hauptsächlich der PAN, verschiedene Siege auf Gemeindeebene, und dies besonders im Norden des Landes, wo zwischen 1982 und 1983 auch einige Hauptstädte – unter anderem Ciudad Juárez, Chihuahua, Durango und San Luis Potosí – darunter waren. Diese Welle gegnerischer Siege beunruhigte die Regierung, die sich um das Jahr 1985 zu einer Revidierung der Öffnungspolitik entschloß: Die zwischenzeitlich stattfindenden Bundeswahlen wurden aufgrund vielfältiger und bereits Tradition gewordener Unregelmäßigkeiten angefochten. Und im Wahlkampf um das Amt des Gouverneurs von Durango und Chihuahua, bei denen der PAN große Aussichten auf einen Wahlsieg hatte, griff der für die Wahl eingerichtete Regierungsapparat zu massivem Betrug, um einen solchen Ausgang zu verhindern. Unter den Mitgliedern der Führungsschicht war die Rede vom „Domino-Effekt“, demzufolge im Falle eines einzi-

gen an die Opposition verloren gegangenen Gouverneurssitzes die übrigen ebenfalls sofort und einer nach dem anderen fallen würden. Auch verbreitete sich die Theorie, daß, falls dem PAN die Regierung eines an der Nordgrenze gelegenen Bundesstaats in die Hände fallen würde, dies eine Einmischung der Vereinigten Staaten mit negativen Folgen bewirken könne, weshalb man nun von einem „Vaterlandsverrat“ als Rechtfertigung dafür sprach, eine Übernahme des Amtes des Gouverneurs von Chihuahua durch den PAN mit allen Mitteln zu verhindern. Andererseits bildete sich 1986 innerhalb des PRI eine „Demokratische Strömung“, deren Ziel die innere Demokratisierung der Partei war und die sich gegen den Kurswechsel aussprach, den die Regierung de la Madrid im Rahmen des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells vollzogen hatte. Die Reaktion des Regimes war unerbittlich: Ausdruck der traditionellen Borniertheit gegenüber internen Meinungsverschiedenheiten waren erneut politische Disqualifizierung und Maßregelung. Als die Regierung schließlich der eigenen Partei eine schwierige Präsidentschaftswahl für das Jahr 1988 voraussagte, wurde 1987 die Wahlgesetzgebung erneut geändert, was in mehr als einem Sinne einen faktischen Rückschritt darstellte; war die Absicht doch die, die Position der vorherrschenden Partei in der Wahlkommission zu stärken und deren absolute Mehrheit im Unterhaus des Kongresses sicherzustellen.

Die Borniertheit in politischen und wahlbezogenen Fragen führte in der zweiten Hälfte der Sechs-Jahresfrist zu einer Radikalisierung des PAN sowie dem Austritt der „Demokratischen Strömung“ aus dem PRI und zur Kandidatur ihres Führers, Cuauhtémoc Cárdenas, außerhalb dieser Partei. Hierdurch wurde der Boden für eine komplizierte und spannungsreiche Präsidentschaftsnachfolge bereitet, die bei weitem zivilisierter und ruhiger hätte vollzogen werden können, falls sowohl dem PAN als auch den internen Meinungsverschiedenheiten des PRI der nötige Spielraum gegeben worden wäre. Die Wahlen des Jahres 1988 stellten die problematischsten und umstrittensten dar, denen sich der PRI auf Landesebene jemals gegenübergesehen hatte und deren Ergebnisse für die Funktionsfähigkeit der politischen Einrichtungen des Landes ein Risiko bedeuteten.

■ Als die Regierung der eigenen Partei eine schwierige Präsidentschaftswahl für das Jahr 1988 voraussagte, wurde 1987 die Wahlgesetzgebung erneut geändert, was in mehr als einem Sinne einen faktischen Rückschritt darstellte.

Der neue Präsident Carlos Salinas de Gortari leitete seine Amtszeit ebenfalls mit einer relativen, aber nicht unbedeutenden politischen Öffnung ein, indem er den Wahlsieg des PAN in Niederkalifornien (Baja California) anerkannte. Diese Öffnung erfolgte indes gegenüber dem rechten Spektrum des Parteiensystems, d.h. gegenüber dem PAN, während der neuen Partei des linken Spektrums, dem 1989 offiziell gegründeten Partido de la Revolución Democrática (PRD), der aus der 1987 aus dem PRI ausgeschiedenen „Demokratischen Strömung“ hervorgegangen war, mit Engstirnigkeit begegnet wurde. Die Wahlen zur Neubesetzung des Landesparlaments von Michoacán, dem Cárdenas entstammte, hätten vom PRD gewonnen werden können; jedoch verhinderte dies ein großer Betrug. Um die Regierungspolitik einer Öffnung gegenüber dem PAN und einer engstirnigen Abschottung gegenüber dem PRD zu bezeichnen, wurde damals der Begriff der „Selektiven Demokratie“ (*democracia selectiva*) geprägt, der auch als Grundton während der gesamten Regierungszeit Salinas' hörbar war.

■ Um die Regierungspolitik einer Öffnung gegenüber dem PAN und einer engstirnigen Abschottung gegenüber dem PRD zu bezeichnen, wurde der Begriff der „Selektiven Demokratie“ (*democracia selectiva*) geprägt, der auch als Grundton während der gesamten Regierungszeit Salinas' hörbar war.

Auf die gleiche Weise wurde zu einem späteren Zeitpunkt ein möglicher Sieg des PAN in Guanajuato verhindert sowie im Jahre 1991 ebenfalls eine gegnerische Koalition in San Luis Potosí. Die sich daraufhin nach den Wahlen ergebenden Konflikte führten zur Absetzung der offiziellen, dem PRI angehörenden Wahlsieger sowie zur Einsetzung eines Stellvertreters des PAN in Guanajuato sowie eines des PRI in San Luis Potosí. Dies erfolgte jedoch nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen, sondern auf der Grundlage eines außerrechtlichen, auf Parteivorstandsebene getroffenen Abkommens, was wiederum nicht dazu beitrug, den Gesetzesweg als den regulären Weg zu festigen. Die in diesem Jahr durchgeführten Nationalwahlen, in denen der PRI eindrucksvolle 64 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen (gegenüber 51 Prozent im Jahre 1988) erlangte, wurden sowohl seitens des PAN als auch seitens des PRD in Frage gestellt, wenngleich dies auch im Anschluß an die Wahlen zu keinem Konflikt führte, was seinerseits teilweise dadurch zu erklären ist, daß die Exekutivgewalt nicht auf dem Spiel stand.

Im Verlaufe der zweiten Hälfte der Sechs-Jahresfrist wurde das Prinzip der „Selektiven Demokratie“

beibehalten. Im Jahre 1992 wurde der Sieg des PAN in Chihuahua anerkannt und etwas später, im Jahre 1993, ebenfalls derjenige in Mérida, der Hauptstadt Yucatáns. Dies wiederum verhinderte 1992 einen möglichen Sieg des PRD in Michoacán, was zu einem weiteren Konflikt nach den entsprechenden Wahlen führte, aber auch zur außerinstitutionellen Absetzung des dem PRI angehörenden Gouverneurs sowie zu dessen Substituierung durch einen Parteigenossen. Was darüber hinaus die Frage der Wahlreform betrifft, so führte die Regierung Salinas eine Reform im Jahre 1990 und eine weitere im Jahre 1993 durch, die, wenngleich sie auch zu einigen – im wesentlichen nur kosmetischen – Fortschritten führten, in bezug auf die Integration des Kongresses einen Rückschritt bedeuteten angesichts der Tatsache, daß der PRI sich weiterhin die absolute Mehrheit im Unterhaus sicherte, indem er die Voraussetzungen dafür verbesserte, daß diese Partei bei weniger Stimmen doch mehr Parlamentssitze erhalten würde. All dies, d.h. die Rückschritte in Sachen Wahlgesetzgebung sowie die „Selektive Demokratie“, erzeugte erneut ein Klima der Spannung und der politischen Radikalisierung – und dies vor allem auf Seiten des PRD sowie der hinter ihm stehenden Gruppen.

Erst zu Beginn des Jahres 1994 führte man infolge der Unruhen, zu denen der Ausbruch eines Kleinkriegs in Chiapas geführt hatte, eine dritte Wahlreform durch, die in der Tat zu einer Reihe bedeutsamer Fortschritte bei der Durchführung der Wahl führte, indem sie dem PRI die Kontrolle über die Wahlbehörden entzog und sie auf die wichtigsten Oppositionsparteien verteilte. Insgesamt konnte die politische Spannung jedoch nicht abgebaut werden und es kam zu der schwersten diesbezüglichen Krise, wozu der Kleinkrieg in Chiapas und das Risiko eines Kontrollverlustes über die Wahlen ebenso beitrug wie die verbale und politische Radikalisierung des PRD und die Ermordung des offiziellen Präsidentschaftskandidaten. Wenngleich auch der PRI die Präsidentschaftswahlen mit glatter Mehrheit – und ohne Zuhilfenahme umfangreicher betrügerischer Maßnahmen, jedoch noch bei beachtlicher Ungleichheit – gewann, brachte der politische Schaden, von dem sowohl das allgemeine Klima als auch die Institutionen selbst betroffen waren, das Land erneut in eine politisch und wirtschaftlich heikle

■ Erst zu Beginn des Jahres 1994 führte man infolge der Unruhen, zu denen der Ausbruch eines Kleinkriegs in Chiapas geführt hatte, eine dritte Wahlreform durch, die zu einer Reihe bedeutsamer Fortschritte bei der Durchführung der Wahl führte.

■ **Ernesto Zedillo, der als neuer Präsident im Jahre 1994 an die Macht gelangte, erkannte sehr bald, daß eine tatsächliche Öffnung in der Politik und in der Gestaltung der Wahlen der einzige Weg war, um eine politische Destabilisierung des Landes zu vermeiden.**

Lage. Festgehalten werden kann, daß der turbulente Ausgang der sechsjährigen Amtszeit ein weiteres Mal die Folge einer in der zweiten Hälfte dieser Frist gezeigten Engstirnigkeit des Regimes war, wenngleich sich diese Engstirnigkeit auch hauptsächlich gegen den PRD und nicht so sehr gegen den PAN richtete.

Ernesto Zedillo, der als neuer Präsident im Jahre 1994 an die Macht gelangte, erkannte sehr bald, daß eine tatsächliche Öffnung in der Politik und in der Gestaltung der Wahlen eine grundlegende Notwendigkeit darstellte und der einzige Weg war, um eine politische Destabilisierung des Landes zu vermeiden. So bot er an, die Wahlsiege der Opposition jetzt auch ohne selektive Kriterien anzuerkennen und eine grundlegende und ihrem Wesen nach demokratische Wahlreform in die Wege zu leiten. Während der ersten Hälfte seiner Amtszeit stand er auch eindeutig zu seinem Wort; von einigen Ausnahmen abgesehen, wie zum Beispiel den Wahlen in Yucatán, wo die Umstände des knappen und nur durch Stimmenkauf und Anstiftung zur Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei im großen Stil erzielten Wahlsiegs des PRI bislang nicht umfassend aufgeklärt worden sind. Dennoch wurden viele – mehr als je zuvor – von der Opposition gewonnene Bundesstaaten (Guanaajuato, Jalisco, Nuevo León, Querétaro und Mexiko-Stadt) durch die Regierung anerkannt. Darüber hinaus wurde 1996 eine bemerkenswerte Reform des Wahlrechts durchgeführt, die der Wahlbehörde eine umfassende Autonomie gegenüber der Regierung gewährte und somit einen bislang nie dagewesenen Fortschritt sowie einen entschiedenen Schritt in Richtung einer Wettbewerbsfähigkeit in Wahlangelegenheiten darstellte, indem sie dafür Vorsorge traf, daß weder Regierung noch Partei künftig über die Mittel verfügen würden, ein für sie ungünstiges Urteil abzuändern. Dies zeigte sich in der Tat im Verlaufe der Nationalwahlen des Jahres 1997, bei denen der PRI die nötige Stimmenzahl verfehlte, um seine bereits Tradition gewordene absolute Mehrheit im Unterhaus zu bewahren, was wiederum zu einer neuen und in der Gegenwartsgeschichte des Landes unbekanntem parlamentarischen Dynamik führte.

Im Verlaufe der zweiten Hälfte der Amtszeit Zedillos nahm die Spannung im politischen Klima erneut zu und die Unregelmäßigkeiten bei Wahlen

häuften sich. Natürlich wurden auch weitere Siege der Opposition – in Aguascalientes, Zacatecas, Tlaxcala und Baja California Sur – anerkannt, von denen viele eher das Ergebnis neuer Abspaltungen innerhalb des PRI als eine Leistung der Opposition selbst waren. Jedoch hatte sich in praktisch allen Wahlen eine neue Tendenz zum Rückgriff auf Stimmenkauf und Anstiftung zur Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei zu erkennen gegeben, wobei derlei Praktiken ebenso durch die mißbräuchliche Verwendung öffentlicher Gelder als auch durch exzessive Ausgaben seitens der offiziellen Kandidaten selbst ermöglicht wurden. Dies geschah in einem Ausmaße, das sowohl den PAN als auch den PRD dazu veranlaßten, die zunehmende Anwendung solcher Praktiken anzuprangern, die für den Sieg des PRI in einigen Bundesstaaten (wie in Guerrero, wo die Partei offiziell mit nur zwei Prozent Vorsprung gewann) sowie für andere Wahlsiege (bei denen der Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Platz deutlicher war, was das Aufkommen harter Auseinandersetzungen im Anschluß an die Wahlen verhinderte) entscheidend gewesen sein dürften. Bei der Opposition hat dies zu der Annahme geführt, daß diese Praktiken im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2000 wohl die Handlungsmaxime sein werden.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Regierung Zedillo, wenngleich sie sich durch eine Politik auszeichnet, die eine größere politische Öffnung als alle ihre Vorgängerregierungen verfolgt (und die in mehr als nur einem Sinne eine qualitative Korrektur der politischen Herrschaftsform und der Rolle der Parteien darstellt), bislang doch auch die Tendenz zu einer relativen Abschottung im Verlaufe der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit gezeigt hat. Dies deutet eine gewisse Radikalisierung der Oppositionsparteien und eine Zunahme der Spannungen im politischen Klima an, was einmal mehr die entsprechende Präsidentschaftsnachfolge komplizieren könnte.

■ Die ungewisse Demokratisierung des PRI

Die Reform jener Partei, die nahezu siebzig Jahre lang eine vorherrschende Rolle innehatte, kann sich positiv auf die Demokratisierung im allgemeinen auswirken, stellt aber auch einen Risikofaktor dar, falls

■ Insgesamt kann gesagt werden, daß die Regierung Zedillo, wenngleich sie sich durch eine Politik auszeichnet, die eine größere politische Öffnung als alle ihre Vorgängerregierungen verfolgt bislang doch auch die Tendenz zu einer relativen Abschottung im Verlaufe der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit gezeigt hat.

diese Bemühungen des PRI keinen Erfolg hätten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Partei jahrzehntelang eine die zahlreichen politischen Kräfte ordnende Achse gebildet und somit auch als entscheidender Stabilitätsfaktor fungiert hat. Offenbar hängt die Stabilität jedoch nicht nur davon ab, daß der PRI an der Macht bleibt, wie es bisweilen im politischen Programm der Partei heißt, sondern auch von der friedlichen und in geregelten Bahnen verlaufenden Neuordnung jener politischen Strömungen, die sich allmählich von der vorherrschenden Partei loslösen, um andere politische Räume zu füllen oder in anderen Parteien aufzugehen.

Das Problem könnte sich im Falle eines unerwarteten und drastischen Absturzes des PRI stellen, der die mögliche Wahlniederlage der Partei sowie deren anschließenden Zerfall beinhalten würde, so wie dies in gewisser Form in verschiedenen osteuropäischen Ländern mit der entsprechenden Einheitspartei der Fall war. Die Einheit des PRI zeigt sich heute zunehmend zerbrechlich, hing sie doch bislang von dem von ihr gehaltenen virtuellen Monopol ab. Und in dem Maße, in dem dieses Monopol zerbrach und es den Parteimitgliedern möglich wurde, Machtpositionen über andere politische Formationen zu erlangen, zerfiel allmählich die Disziplin. Jedesmal, wenn Meinungsverschiedenheiten über die Vorstandsentscheidungen der Partei aufkommen, pflegen sich Brüche zwischen den Aktivisten und den führenden Köpfen der Partei aufzutun, die sich vorteilhaftere Aktionsfelder suchen, um ihre politische Karriere voranzutreiben. Das Fundament, auf dem die eiserne Disziplin innerhalb des PRI sowie dessen Einheit um jeden Preis aufgebaut war, war seine eigene Vorherrschaft, d.h. die Überzeugung, daß ein Sieg nur innerhalb der Partei möglich war und daß sich außerhalb derselben nichts Wichtiges oder Bedeutsames abspielte.

Zweifellos bedeutet eine Demokratie in anderen Ländern nicht, daß die bestehenden Parteien stets von der Gefahr des Bruchs oder des Auflösens bedroht sein sollen, jedoch stellt die Demokratie eben dieses Risiko für eine Partei dar, die für Jahrzehnte eine Monopolstellung innehatte. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß diese Partei in der öffentlichen Meinung ein zunehmend negatives geschichtliches Bild aufgebaut hat, was ihr das Überleben in

■ Die Einheit des PRI zeigt sich heute zunehmend zerbrechlich, hing sie doch bislang von dem von ihr gehaltenen virtuellen Monopol ab. In dem Maße, in dem dieses Monopol zerbrach und es den Parteimitgliedern möglich wurde, Machtpositionen über andere politische Formationen zu erlangen, zerfiel allmählich die Disziplin.

einem neuen demokratischen Umfeld erschwert. Zum anderen pflegen die Oppositionsparteien ihre Pforten während des Wandlungsprozesses für viele Aktivisten der vorherrschenden Partei, die eben diese verlassen wollen, sperrangelweit zu öffnen, um diese Partei zu schwächen oder um dort politisches Terrain zu gewinnen, wo sich dasselbe aus eigener Kraft nicht gewinnen ließe.

Drei für dieses Phänomen beispielhafte Fälle haben sich unlängst in den Bundesstaatswahlen von Zacatecas, Tlaxcala und Baja California Sur zugetragen – in Bundesstaaten also, die bis vor kurzem Bastionen des PRI waren: Das Scheitern dieser Partei bei dem teilweise der ungenügenden Demokratie bei der Auswahl ihrer Kandidaten zu verdankenden Versuch, die Einheit zu wahren, führte zur Abspaltung von Mitgliedern, die es unter der Fahne anderer Parteien schafften, dem PRI, dem sie ursprünglich entstammten, die Regierungsgewalt zu entreißen. Dies hat über den Auswahlprozeß des Präsidentschaftskandidaten des PRI einen Spuk heraufbeschworen; den Spuk, daß der Mangel an einer einwandfreien und rundum durchschaubaren und rechtmäßigen Vorgehensweise bei eben dieser Auswahl sowie die Unmöglichkeit, einen solche zu schaffen, eine neue Spaltung hervorrufen könnte, deren Folge eine Schwächung der Partei vor den Präsidentschaftswahlen und somit ihre Niederlage an den Urnen bedeuten könnte. Sicher, auch auf der Ebene der Bundesstaaten hat es Wahlen innerhalb des PRI gegeben, die nicht zu Abspaltungen und einer daraus resultierenden Niederlage der Partei geführt haben, wie in Chihuahua – dem Bundesstaat, den der PRI zugunsten des PAN verloren hatte -, Tamaulipas, Sinaloa, Puebla, Hidalgo, Guerrero oder Quintana Roo. Dennoch wurden bei all diesen Wahlen in geringerem oder höherem Maße Formen von Ungleichheit beobachtet, eine unstatthafte Unterstützung des siegreichen Kandidaten durch die Regierung sowie verschiedene Unregelmäßigkeiten, die insgesamt ausreichen, um die Glaubwürdigkeit des Ergebnisses in Zweifel ziehen zu können. Wenn es trotzdem zu keinem Bruch kam, so ist dies im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß es für die Abweichler – oder für einige von ihnen – keine günstigen Voraussetzungen gab, um sich auf die Seite einer anderen Partei zu

■ **Das Scheitern des RRI bei dem teilweise der ungenügenden Demokratie bei der Auswahl seiner Kandidaten zu verdankenden Versuch, die Einheit zu wahren, führte zur Abspaltung von Mitgliedern, die es unter der Fahne anderer Parteien schafften, der Partei, der sie ursprünglich entstammten, die Regierungsgewalt zu entreißen.**

schlagen; dies vor allem, da die Opposition bereits ihre eigenen Kandidaten hatte.

Ausgehend hiervon darf angenommen werden, daß die Einheit der Partei während des Auswahlverfahrens ihres Kandidaten weniger von der Ordnungsgemäßheit dieses Verfahrens selbst als vielmehr von den vorherrschenden politischen Umständen abhängt, die es einem der in der Vorauswahl unterlegenen Kandidaten ratsam erscheinen lassen könnten, sein Streben nach der Präsidentschaft in einer anderen Partei fortzusetzen. Angesichts dieser Tatsache haben diese Kandidaten wenig Aussicht auf einen Wahlerfolg, könnten sich jedoch einen eigenen politischen Bewegungsraum erschließen, der möglicherweise attraktiver wäre als die Aussicht, innerhalb des PRI die Disziplin zu wahren; mehr noch, sie könnten dieser Partei Steine in den Weg legen bei deren Bemühen, das Amt des Präsidenten der Republik für sich zu behalten. Der Verlust der Einheit des PRI könnte nicht nur den Niedergang der vorherrschenden Partei bedeuten, was für viele Bürger eine unverzichtbare Voraussetzung für die Errichtung der Demokratie in Mexiko ist, sondern könnte auch zu gewissen politischen Turbulenzen führen, die sich auf das ganze Wahlverfahren sowie den Prozeß des politischen Übergangs auswirken könnten. Dies würde davon abhängen, ob der PRI auch angesichts einer Niederlage imstande wäre, eine führende Rolle als Oppositionspartei einzunehmen, bzw. davon, wie ein Bruch und ein möglicher Zerfall dieser Partei herbeigeführt werden könnte. Ein unerwarteter Absturz der Partei würde, wenn es denn dazu käme, ein politisches Erdbeben hervorrufen, das sich auf das gesamte politische System und nicht nur auf den PRI als eine seiner tragenden Achsen auswirken würde.

■ **Der Verlust der Einheit des PRI könnte nicht nur den Niedergang der vorherrschenden Partei bedeuten, was für viele Bürger eine unverzichtbare Voraussetzung für die Errichtung der Demokratie in Mexiko ist, sondern könnte auch zu gewissen politischen Turbulenzen führen, die sich auf das ganze Wahlverfahren sowie den Prozeß des politischen Übergangs auswirken könnten.**

■ **Der Ausgang der Wahlen**

Ein weiterer Grund zur Sorge, der von den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 ausgeht, erwächst aus dem Ergebnis derselben, denn unter den Parteien und ihren Wählern besteht wenig Bereitschaft, eine eigene Niederlage hinzunehmen und einen Wahlsieg der jeweiligen Gegner anzuerkennen. Der Demokratisierungsprozeß bedeutet indes die Notwendigkeit, den Sieg eines jeden politischen Rivalen zu akzeptie-

ren, da ansonsten eine friedliche Machtübergabe nicht zu bewerkstelligen ist. Verfügt eine Demokratie über stabile und solide Einrichtungen, haben die Verlierer der Wahlen kaum Alternativen außer der, das Wahlurteil anzuerkennen. Wenn jedoch die Demokratie erst vor kurzem errichtet worden ist und sich zudem noch unvollständig zeigt, dann kann die Anfälligkeit ihrer Institutionen den Widerstand des Unterlegenen hervorrufen, was wiederum eine Welle von Protesten im Anschluß an die Wahl nach sich ziehen würde. Und dies kann offenbar, wie bereits gesagt, ein Risiko für die politische Stabilität bedeuten.

Unter derlei Umständen könnte jedwedes mögliche Ergebnis politische Turbulenzen nach sich ziehen. Wenn viele – sogar die meisten – Bürger gegen den PRI eingestellt sind, was verschiedenen Umfragen zufolge der Fall ist, könnte ein Sieg dieser Partei, auch wenn er in einem Klima ausreichender Wettbewerbsfähigkeit aller Parteien zustande gekommen sein mag, zu einer breiten Ablehnung des Wahlergebnisses führen. Falls andererseits jedoch eine Partei des Oppositionslagers gewinnen würde, könnten die Mitglieder und Anhänger des PRI für Unruhe sorgen, um eine Machtübergabe zu verhindern oder zu erschweren. Zwar müßte dies nicht notwendigerweise zu einem Stabilitätsverlust führen, würde jedoch die noch begrenzte Funktionsfähigkeit der demokratischen Einrichtungen zweifellos unter großen Druck setzen.

Komplizieren würden sich die Dinge auch, falls die Wahl außerdem zu einem knappen Ergebnis zwischen dem ersten Platz (welche Partei diesen auch immer halten möge) und dem unmittelbar darauf folgenden führen würde, da in diesem Falle dem letzteren ein Grund zu der Annahme gegeben wäre, er habe in Wirklichkeit gewonnen, aber das Ergebnis sei aufgrund einer Reihe von Unregelmäßigkeiten (die im Verlaufe der Präsidentschaftswahlen wohl kaum ausbleiben werden) unstatthafterweise manipuliert worden. Die Wahlen in den Bundestaaten der vergangenen Jahre lassen vermuten, daß die Parteien, allen voran der PRI, zu verschiedenen tradierten, aber nach wie vor wirksamen Praktiken der Manipulation, des Betrugs oder der Anstiftung zur Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei greifen werden, so zum Beispiel zur Verschwendung von Geldern, zum ille-

■ **Wenn viele – sogar die meisten – Bürger gegen den PRI eingestellt sind, könnte ein Sieg dieser Partei, auch wenn er in einem Klima ausreichender Wettbewerbsfähigkeit aller Parteien zustande gekommen sein mag, zu einer breiten Ablehnung des Wahlergebnisses führen.**

galen Einsatz öffentlicher Mittel, zur Erschleichung von Stimmen durch Güter und Dienstleistungen, zur Mobilisierung der Körperschaften und zu anderen Methoden mehr. In zwei Bundesstaaten haben sich unlängst Fälle zugetragen, die dieses Risiko beispielhaft verdeutlichen: In Tlaxcala hatte der gegnerische und zuvor aus dem PRI ausgeschiedene Kandidat den Wahlsieg mit einem knappen Vorsprung von 2,5 Prozent der Stimmen errungen, woraufhin der Kandidat des PRI dieses Ergebnis anfocht und sich auf Unregelmäßigkeiten berief, von deren Bekanntwerden er sich eine Korrektur des Ergebnisses zu seinen Gunsten versprach: Obwohl er sein Ziel nicht erreichte, initiierte er eine Protest- und Kampfkampagne. Wenig später trug sich eine ähnliche Begebenheit in Guerrero zu, wo der Kandidat des PRI mit einem Vorsprung von nur zwei Prozent der Stimmen gewann. Der Spitzenkandidat des PRD stellte ebenfalls das Ergebnis in Frage, vom dem er behauptete, es sei das Resultat vielfältiger traditioneller Machenschaften, besonders von Stimmenkauf und illegaler Anstiftung zur Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei. Ein energischer, wenn auch bislang friedlicher Protest gegen dieses Wahlergebnis folgte auf dem Fuß. Die dargestellten Auseinandersetzungen verursachten keine allzu großen Schäden, aber das gleiche Szenario würde auf nationaler Ebene im Umfeld der Präsidentschaftswahlen (und angesichts der Schlüsselfunktion, die das Präsidentenamt in unserem politischen System innehat) zweifellos größere Gefahren mit sich bringen.

■ Die Wahlgesetzgebung hat sich dahingehend entwickelt, daß sie bestimmte Formen des Wahlbetrugs beim Namen nennt, aber nicht über adäquate Vorgehensweisen verfügt, um eine Reihe von Praktiken zu unterbinden, die im Umfeld des illegalen Handels mit Stimmen anzusiedeln sind.

Die Wahlgesetzgebung hat sich dahingehend entwickelt, daß sie bestimmte Formen des Wahlbetrugs beim Namen nennt, aber nicht über adäquate Vorgehensweisen verfügt, um eine Reihe von Praktiken zu unterbinden, die im Umfeld des illegalen Handels mit Stimmen anzusiedeln sind: Weder die Wahlbehörden noch der Staatsanwalt für Wahlanglegenheiten haben die Möglichkeit, derlei Gesetzeswidrigkeiten zu stoppen oder zu verhindern. Viele dieser Widrigkeiten stellen nicht einmal Nichtigkeitsgründe dar, was es unmöglich macht, die Kontroversen, die sie gewöhnlich hervorrufen, auf dem rechtlichen Wege zu schlichten. Ganz im Gegenteil, sie stellen vielmehr einen politischen Grund dar, den die unterlegenen Parteien ins Feld führen, um ein ungünstiges Ergebnis anzufechten und abzulehnen. Zweifellos finden

sich derlei Praktiken noch in einer Reihe von Demokratien, sogar in solchen, die seit langem bestehen und sich auf ein funktionsfähiges Gefüge von Institutionen stützen. Jedoch werden sie im allgemeinen nicht als ausschlaggebend bei der Festsetzung des Endergebnisses erachtet, weshalb sie auch keinen Grund zu Zweifeln und Anfechtungen, und noch weniger zu Auseinandersetzungen und Konfrontationen liefern.

In einem Lande jedoch, in dem der Wahlbetrug eine lange Tradition hat, in der Skepsis und Verdächtigungen in der politischen Kultur tief verwurzelt sind und in dem diese Art von Ungesetzlichkeiten in der Tat nach wie vor beobachtet wird, ist es mehr als wahrscheinlich, daß eine Situation des Widerstands, des Protestes und schließlich des Konflikts entsteht, wenn sich diese Methoden entscheidend auf das Endergebnis auswirken. All dies stellt gerade im Verlaufe eines Übergangsprozesses zur Demokratie angesichts der Anfälligkeit der erst vor kurzem eingeführten demokratischen Spielregeln ein hohes Risiko dar. Natürlich kann nichts und niemand versichern, daß das Endergebnis der Präsidentschaftswahl knapp ausfallen wird, dies hängt vielmehr von vielen Variablen und Unwägbarkeiten ab, die sich auf das entsprechende Abschneiden der im Wettstreit befindlichen Parteien und Koalitionen auswirken. Jedoch deuten die Projektionen, die derzeit auf der Grundlage von Sondierungen erstellt werden können, sowie die aus der Geschichte bekannten Tendenzen bei Wahlen darauf hin, daß dieses Szenario eines möglichen Patts zwischen zwei oder drei politischen Kräften durchaus Wirklichkeit werden kann. Auf alle Fälle besteht das Risiko darin, daß eher der Zufall (in Form eines bequemen Wahlsiegs eines der Kandidaten) als die Funktionsfähigkeit der politischen und für Wahlen relevanten Einrichtungen den Faktor darstellt, der zu einer entscheidenden Variablen werden kann, der eine Situation des Widerstands und der Auseinandersetzung herbeiführt oder nicht.

Viele Analysten und Mitglieder der politischen Parteien sind sich des Risikos eines auf die Wahlen folgenden Konflikts bewußt, der sich aus allen hier besprochenen Variablen ergeben könnte. Hierauf mag es zurückzuführen sein, daß im Verlaufe der politischen Debatte eine Reihe von Vorschlägen zur Beschränkung dieses Risikos gemacht worden ist, wie die Über-

■ **Viele Analysten und Mitglieder der politischen Parteien sind sich des Risikos eines auf die Wahlen folgenden Konflikts bewußt.**

nahme – oder die Anpassung an die mexikanischen Verhältnisse – des ‚zweiten Wahlgangs‘ oder des (in Australien und Irland gültigen) Systems der ‚Zweitstimme‘, deren Absicht darin besteht, ein klareres und unanfechtbareres Ergebnis herbeizuführen. Auch sind einige Änderungen der Wahlgesetzgebung im Gespräch, die die erfolgreiche Praxis des Stimmenkaufs und der Anstiftung zur Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei in wirksamerer Form unterbinden könnten. Schließlich gibt es Optionen, die in beachtenswerter Weise jene Risiken reduzieren könnten, die einer in hohem Maße vom Wettbewerb geprägten Wahl im Rahmen eines noch nicht voll funktionsfähigen Gebäudes von Institutionen innewohnen. In diesem Sinne zu wirken ist vor allem der Verantwortung der im Kongreß vertretenen Parteien anheimgestellt, denn jeder rechtliche Schritt erfordert deren Einverständnis. Das Problem liegt darin, daß eine jede Partei derlei Vorschläge nicht im Hinblick darauf bewertet, ob sie eine Hilfe bei der Verringerung der Risiken von Auseinandersetzungen und Instabilität darstellen, sondern grundsätzlich nur im Hinblick darauf, ob sie ihre eigenen Chancen auf einen Wahlsieg erhöhen oder schmälern. Es ist dies eine logische Reaktion, die bei allen Parteien auf der Welt beobachtet werden kann. Jedoch stellt sie zweifellos auch ein weiteres Hindernis auf dem langen und unsicheren Weg der demokratischen Transition dar, auf dem Mexiko seit nunmehr einigen Jahren voranschreitet.

Der Text wurde von Dr. Benedikt M. Helfer aus dem Spanischen übersetzt.